Rheinland-Pfalz prüft Kooperation mit Ditib für Islamunterricht

4. August 2016

Mainz (KNA) Rheinland-Pfalz überprüft die Verhandlungen mit dem türkisch-muslimischen Dachver-band Ditib über eine Zusammenarbeit beim Islamischen Religionsunterricht. Das teilte Ministerpräsi-dentin Malu Dreyer (SPD) am Montag in Mainz nach bundesweiten Diskussionen um den Einfluss der türkischen Regierung auf den Verband mit. „Wir werden nicht zulassen, dass innenpolitische Konflikte aus der Türkei in Rheinland-Pfalz ausgetragen werden“, kündigte die Regierungschefin an.

Laut Dreyer verhandelt das Land mit der türkisch-islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib) und vier weiteren Verbänden. Dabei gehe es um einen Vertrag, der die Freiheit, den Glauben zu be-kennen, unter Schutz stellen soll. Dreyer betonte, ein Unterricht durch Imame sei in Rheinland-Pfalz ausgeschlossen: „An unseren Schulen wird Islamischer Religionsunterricht ausschließlich von beam-teten Lehrkräften oder von Lehrern erteilt, die beim Land beschäftigt sind.“

Mehrere Politiker hatten in den vergangenen Tagen den Einfluss des türkischen Staats auf Ditib kriti-siert. Der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir bezeichnete den Verband als deutschen Ableger der türkischen Religionsbehörde Diyanet. Wer mit Ditib Verträge über islamischen Religionsunterricht Montag, schließe, hole sich die Ideologie des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in deutsche Schulen. Der Verband wies die Vorwürfe zurück: Die Gemeinden der Ditib seien Vereine nach deut-schem Recht und stünden nicht in Verbindung zu türkischen Ämtern oder Behörden. (KNA – qkskl-89-00090)

Stand: 16. November 2026